

Pressemitteilung zur Ratssitzung

Osnabrück, 25.06.2019

Echte Chancengleichheit geht nur mit der IGS! Stellungnahme zum Schulentwicklungsplan

In der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause am heutigen Dienstag steht die Schulentwicklungsplanung SEK I auf der Tagesordnung. Dazu äußern sich die Ratsfrauen der Fraktion DIE LINKE. Giesela Brandes-Steggewentz und Heidi Reichinnek:

„Mit unserem Änderungsantrag fordern wir, dass im Beschluss ganz klar signalisiert wird, dass es der politische Wille ist, im Süden der Stadt eine Integrierte Gesamtschule zu errichten! Der Kompromiss der hier zugunsten einer breiten politischen Mehrheit eingegangen wird, findet zu Lasten eines sinnvollen und gerechten Umbaus der Schulen im SEK I Bereich statt.

Wir bleiben dabei: **Das Modell der Integrierten Gesamtschule ist als einziges Modell zukunftsfähig.** Nur durch flächendeckende Integrierte Gesamtschulen wird die Vielseitigkeit der Schüler*innen geschätzt und funktionierende Inklusion ermöglicht. Im veralteten dreigliedrigen Schulsystem, sowie im Modell der Oberschulen, zeigt sich die soziale Ungleichheit unserer Gesellschaft und wird durch diese trennenden Systeme zementiert. Durch die frühzeitige Zuteilung der Schüler*innen in die verschiedenen Schulen – sei es nun Hauptschule, Realschule und Gymnasium oder Oberschule und Gymnasium – werden die Aufstiegsmöglichkeiten beschränkt und die Polarisierung der Gesellschaft bereits im Kindesalter zugespitzt. Es kann nicht sein, dass unser Schulsystem unsere Kinder bereits im Grundschulalter nach Verwertungslogik und Nützlichkeitsüberlegungen einsortiert! Echte Chancengleichheit wird es in diesem selektiven Schulsystem nicht geben. Wir sehen aber genau diesen Punkt als fundamental wichtig für eine Gesellschaft an. Es braucht für unsere Kinder konsequente Inklusion und Chancengleichheit im Bildungssystem.

Die Vorteile der IGS gegenüber den Oberschulen liegen auf der Hand. Durch den Kontakt von Schüler*innen aus verschiedenen Bildungsschichten und sozialen Milieus, wird der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt und sowohl schulische, als auch zwischenmenschliche Kompetenzen ausgebaut. Eine IGS ist eine von Grund auf inklusive Schule, die es jedem Kind ermöglicht seine vollen Potentiale zu entfalten.

Unser Änderungsantrag zur Gründung einer IGS im Süden der Stadt kann also nur ein erster Schritt sein. Wir brauchen in unserer Stadt eine komplette Umstellung auf Integrierte Gesamtschulen. Mit dem Bekenntnis zu einer IGS im Süden der Stadt muss die Politik den grundsätzlichen Willen zum integrierten System der IGS in unserer Stadt zeigen. Unter dieser Prämisse könnten wir die Umwandlung zu Oberschulen als Kompromiss mittragen. Jedoch braucht es hierbei dringend die Perspektive diese zukünftig zur IGS umzubauen. Bei der Umsetzung des Schulentwicklungsplans müssen wir darauf achten, nun nichts zu überstürzen und die kritischen Anmerkungen aus den Schulen ernst zu nehmen und alle Beteiligten weiterhin am Prozess zu beteiligen. Es ist wichtig den Elternwillen in die Prozesse und Entscheidungen miteinfließen zu lassen. Und auch mit den Schüler*innen, die aktuell die verschiedenen Schulformen besuchen, sollte über die Schulentwicklung diskutiert werden. Darüber hinaus ist bereits mit der Umstellung der Grundschulen auf den Ganzttag viel zu tun. Eine umsichtige Planung der baulichen Maßnahmen ist zwingend erforderlich, um den Umbau der Schullandschaft vernünftig zu gestalten.“